



# NEUE GEMEINDE

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

*info*



**Gemeindetag: SPÖ-Fraktion setzt zentrale Forderungen durch, Resolution zu Finanzen und Reformen beschlossen s.10**

**Bevölkerung vertraut Bürgermeister\*innen:** neue Umfrage bestätigt hohe Vertrauenswerte, Burgenland liegt über dem Bundesschnitt S. 3

**GVV will Gemeindepaket seriös weiterverhandeln:** wichtiger Schritt, um Gemeinden strukturell und langfristig zu entlasten S. 5

**241 Bürgermeisterinnen – neuer Rekord:** die Zahl der Bürgermeisterinnen steigt stetig an, aktuell 11,5% Frauen im Bürgermeister-Amt S. 9

**Klartext!**

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

## Vertrauensgrundsatz „Geld folgt Leistung“ muss eingehalten werden!

**Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen, sehr geschätzte Bürgermeister!  
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!**

Eine aktuelle Demox-Umfrage bestätigt das hohe Vertrauen in Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Österreichweit vertrauen 54 Prozent den Ortschaften, im Burgenland liegt der Wert mit 57 Prozent sogar über dem Schnitt. Die Bevölkerung vertraut demnach nach der Polizei und den Gerichten den Bürgermeister\*innen am meisten. Dieses Ergebnis freut uns alle sicherlich sehr und zeigt, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ihrer Arbeit bestärkt werden. In diesem Sinn darf ich allen Gemeindevertreter\*innen auch entsprechenden Dank, Respekt und Anerkennung aussprechen!

Das hohe Vertrauen resultiert offensichtlich nicht nur aus der Rolle als erster Ansprechpartner vor Ort, als „Kümmerer“ bei Problemen und Sorgen für die Menschen. Es ist auch dem „Zutrauen“ geschuldet, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit klaren Entscheidungen ihre Gemeinden durch herausfordernde Zeiten führen.

Dieses Vertrauen ist aber auch Verpflichtung für die Politik insgesamt! In diesem Zusammenhang erinnere ich an die bundesweit bedrohliche finanzielle Lage der meisten Kommunen und fordere ausreichende Ressourcen, um das Vertrauen der Menschen in die Kommunalpolitik ausreichend zu respektieren. Die finanzielle Situation stellt viele Kommunen seit Monaten vor große Herausforderungen und zwingt oft zu unpopulären Maßnahmen. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Menschen zunehmend hinter ihren Bürgermeister\*innen und ihren Forderungen für Leistungsabgeltung stehen.

Jedenfalls werden wir als (größte kommunale burgenländische) Interessensvertretung auf allen Ebenen weiter seriös und mit ruhiger Hand um den Vertrauensgrundsatz „Geld folgt Leistung“ kämpfen!

In diesem Sinn bedanke ich mich für eure Unterstützung für unser gemeinsames Interesse. Inspirieren wir uns in diesen schwierigen Zeiten wechselseitig mit Mut und Weitblick, um unsere Gemeinden gemeinsam und überlegt durch diese Untiefen lotsen zu können. Denn Zusammenarbeit und Zusammenhalt ist aus meiner Sicht unverzichtbar.

Mit hoffnungsvollen Grüßen  
Euer

Erich Trummer

# Bürgermeisterinnen und Bürgermeister genießen weiter hohes Vertrauen

Eine aktuelle Demox-Umfrage bestätigt das hohe Vertrauen in Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Burgenland im Bundesländervergleich über dem Schnitt.

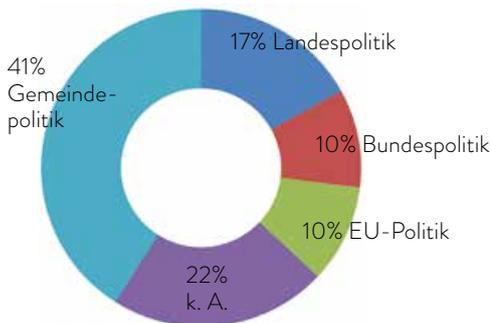
Österreicher\*innen vertrauen 54 Prozent den Ortschefs. Nur Polizei und Gerichte haben bessere Vertrauenswerte. Die Studie zeigt, dass das Vertrauen in die Kommunalpolitik weiter auf einem stabil hohen Niveau ist. GVV-Präsident Erich Trummer betont: „Abgesehen von den Ausnahmesituationen in der Coronapandemie – wo die Werte sogar noch höher lagen – sehen wir seit Jahren deutlich bessere Vertrauenswerte

als vor zehn Jahren.“ Trummer sieht darin eine Bestätigung der kontinuierlich steigenden Vertrauenswerte. Gleichzeitig betont er, dass das Vertrauen auch tägliche Verpflichtung ist: „Politik wirkt am stärksten in den Gemeinden, wo sie unmittelbar spürbar ist. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Nähe zu den Menschen zählt.“

## Burgenland liegt über dem Bundes-Schnitt

Im Burgenland liegen die Werte sogar über dem Österreich-Schnitt. 57 Prozent vertrauen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

### VERTRAUEN IN DIE POLITIK



Krone KREATIV  
Foto: stock.adobe.com  
Quelle: Demox Research, n=1000

### VERTRAUEN IN BÜRGERMEISTER\*INNEN



### LÖSUNGEN DER UNMITTELBAREN PROBLEME



### VERTRAUEN POLITISCHE EBENE



## WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

VZBGM.  
**Christoph FRÜHSTÜCK** 30  
Langeck

BGM.  
**Christoph HAIDER** 50  
Draßburg

VZBGM.  
**Michael SGARZ** 50  
Neudörfel

BGM.  
**Martin KRAMELHOFER** 60  
Rechnitz

VZBGM.  
**Dietmar ZAPFEL** 60  
Riedlingsdorf



## Zur Sache!

**Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Im Jahr 2024 ist der Anteil an Ein- und Zweijährigen in Kinderbetreuungseinrichtungen gestiegen. 32,6 bzw. 64,7 Prozent waren es 2024/25. Das ist ein Anstieg von 2,0 bzw. 3,4 Prozentpunkten im Jahresvergleich. Auch die Gesamtzahl der Kindergartenkinder ist gestiegen. Der von der Statistik Austria erstellte Bericht zeigt einmal mehr, dass es in diesem Bereich für die Kommunen eine unheimlich dynamische Entwicklung gibt, die jedoch regional sehr unterschiedlich verteilt ist.

Insgesamt sind in Österreich rund 334.900 oder zwei Drittel (66 Prozent) der Kinder bis fünf Jahren in elementaren Bildungseinrichtungen. Gegenüber dem Vorjahr gab es hier ein Plus von 1,7 Prozentpunkten. Bei den unter Einjährigen ist der Anteil mit 3,2 Prozent „noch“ relativ gering. Ab drei Jahren steigt die Quote steil an auf 89,1 Prozent an. Bei Vierjährigen sind es 95,9 Prozent, bei Fünfjährigen – für die allermeisten davon gilt die Kindergartenpflicht – unglaubliche 97,9 Prozent. 200.800 Kinder (60 Prozent) besuchten zuletzt eine Einrichtung, die eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglicht, das entspricht einem Plus von 0,9 Prozentpunkten. Bei diesen sogenannten VIF-konformen Plätzen (Angebot von mindestens 45 Stunden pro Woche, an vier Tagen mindestens 9,5 Stunden, mindestens 47 Wochen pro Jahr geöffnet) gibt es weiterhin große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Wien liegt mit 89,1 Prozent deutlich vorne, die niedrigste Quote hat Oberösterreich mit 38,5 Prozent. Das Burgenland und Niederösterreich haben stark aufgeholt und bauen immer mehr aus.

Durch diese an sich erfreuliche Entwicklung stehen die Kommunen vor erheblichen Herausforderungen. Der anhaltende Fachkräftemangel (Pädagoginnen/Helferinnen) führt zu Engpässen bei Betreuungsplätzen und belastet das vorhandene Personal. Gleichzeitig steigen die Kosten für Personal, Gebäude und Materialien, während die kommunale Budgetsituation gerade jetzt extrem angespannt ist. Hinzu kommen wachsende Anforderungen durch sprachliche Förderung, Inklusion und Integration, die noch mehr personelle zusätzliche Ressourcen erfordern. Auch die demografische Entwicklung stellt viele Gemeinden vor organisatorische Probleme: Während in einigen dynamisch wachsenden Regionen ständig neue Einrichtungen entstehen, kämpfen andere mit Unterauslastung. Zudem prallen hohe Qualitätsansprüche der Bildungs- und Sozialpolitik auf die praktischen (oft auch baulichen) Grenzen vor Ort. Um frühkindliche Bildung verlässlich und qualitativ hochwertig sicherzustellen, sind deshalb langfristige Investitionen sowie eine stärkere Unterstützung durch Bund und Länder unverzichtbar. Hier muss beim nächsten Finanzausgleich eine neue Aufgaben- und Ausgabenverteilung geschaffen werden. Wenn es laufend neue Regeln und den Wunsch nach mehr Ausbau und höherer pädagogischer Qualität in den elementarpädagogischen Einrichtungen gibt, muss auch das Personal in einer Hand sein. Ähnlich wie es bei den Volksschulen und NMS schon jetzt passiert. Die Gemeinde wäre dann nur mehr – wie im Pflichtschulbereich – für die Gebäude, Reinigung und Materialien zuständig. Das wäre eine organisatorisch saubere Lösung mit gleichen Standards, würde die Vertretungsregelungen (Poollösung mit SpringerInnen) einfacher machen und natürlich, nachhaltig strukturell auch die Gemeindebudgets entlasten, ohne in diesem so wichtigen Bereich einen Qualitätsverlust befürchten zu müssen.

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

# Gemeindepaket des Landeshauptmannes wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung gewesen

Andere Optionen müssen jetzt diskutiert werden

**D**er GVV Burgenland hat das von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil vorgeschlagene Gemeindeentlastungspaket mit dem Verkauf des BMV an die Landesholding als wichtigen Schritt zur langfristigen strukturellen Entlastung der Kommunen immer unterstützt. Bekanntlich hat die ÖVP dieses Gemeindepaket im Umfang von rund 350 Mio. Euro abgelehnt. In einem offenen Austausch mit dem Landeshauptmann und Gemeindereferent Landesrat Leonhard Schneemann wurde im GVV Landesvorstand Ende September die weitere Vorgangsweise besprochen. Für den 20. Oktober 2025 kündigte der Landeshauptmann weitere Gespräche mit konstruktiven Kräften der Gemeinden an.

„Wir müssen weiter alle an einem gemeinsamen Strang ziehen – so stark es geht“, setzt GVV-Präsident Erich Trummer weiter auf einen seriösen und besonnenen Dialog statt „parteilichem Spiel“ auf dem Rücken der Gemeinden. Bei den anstehenden Gemeindegesprächen ist das erklärte Ziel, für jede Gemeinde eine Lösung über vom Land aufgestockte Bedarfszuweisungen zu finden!

„Es braucht weiterhin Sofortmaßnahmen für die Liquidität und nachhaltige Strukturformen, damit unsere Gemeinden ihre Leistungen von der Wiege bis zur Bahre weiter in gewohntem Umfang und mit Qualität erbringen können“, so GVV-Präsident Bgm. Erich Trummer. Offen zeigten sich Doskozil und Schneemann auch für Maßnahmen, die das Landesbudget nicht zusätzlich belasten – wie etwa im Rahmen von Standesamtsverbänden vom Land (z. B. auf Bezirkshauptmannschaften), eine neue Gestaltung der Bedarfszuweisungsrichtlinien sowie eine Überprüfung der

*GVV Präsident Erich Trummer mit LH Hans Peter Doskozil und LR Leonhard Schneemann*



Foto: GVV Burgenland

Abzugsberechnung beim Gemeindeanteil an Spitals- und Sozialhilfekosten. Für den Konsolidierungsfall einer Gemeinde wurde als letzte Instanz bereits der Gemeindefonds geschaffen, dessen Mittel nach Erfordernis dotiert werden sollen. Der Handlungsspielraum ist allerdings für eine Gemeinde im Gemeindefonds massiv eingeschränkt und das sollte nach Möglichkeit unter Ausnutzung aller anderen Maßnahmenoptionen verhindert werden.

Parallel dazu fordert der GVV mehr finanzielle Gerechtigkeit für die Kommunen auf Bundesebene, vor allem durch eine zeitnahe Anpassung und Reform der Grundsteuer sowie eine faire Verteilung der CO<sub>2</sub>-Bundeseinnahmen auch auf Länder und Gemeinden. „Ein erster Schritt ist mit den umgewandelten Finanzaufweisungen des Bundes geschafft – aber es braucht auch vom Bund ein ganzes Maßnahmenbündel, um den Gestaltungsspielraum für die Gemeinden wiederherzustellen“, so Trummer.

Ein erster Erfolg konnte bereits vor wenigen Monaten erzielt werden: Die vom Österreichischen Gemeindebund – mit Trummer als Vizepräsident – durchgesetzte Umwidmung der Investitionsförderungen zu auflagenfreien Finanzaufweisungen bringt den burgenländischen Gemeinden rund 32 Millionen Euro. „Das kann aber nur der Auftakt zu einem Maßnah-

menbündel sein, das noch folgen muss, um die Verwaltung und Gestaltung unserer Gemeinden abzusichern. Wir vertreten die Interessen von insgesamt 96 Gemeinden. Wir werden in jedem Fall den bisherigen, seriösen Weg weiter gehen, Forderungen und Anliegen in Verhandlungen auf Augenhöhe austauschen und so realistische Lösungen Stück für Stück erarbeiten! Darauf können sich unsere Gemeinden verlassen“, hält Trummer fest.

## Karl Aufner: 44 Jahre im Dienst von Mattersburg

Mattersburgs Amtsleiter Karl Aufner verabschiedete im August dieses Jahres in die Pension. Offiziell wurde er von GVV-Präsident Erich Trummer und GVV LGF Herbert Marhold bereits Anfang Sommer verabschiedet – die „Neue Gemeinde“ hat bereits in ihrer letzten Ausgabe darüber berichtet. Karl Aufner war nicht nur Jahrzehnte lang Amtsleiter des Bezirksvororts Mattersburg, sondern auch 30 Jahre Mitglied der Landesleitung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, davon 14,5 Jahre Vorsitzender. Außerdem war Aufner jahrelang auch als Landesgeschäftsführer des Städtebundes tätig. Der GVV Burgenland bedankt sich bei Karl Aufner für die langjährige gute Partnerschaft und wünscht ihm nochmals alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.



GVV Geschäftsführer Herbert Marhold mit Karl Aufner  
Foto: GVV Burgenland



**Zu einem Arbeitsgespräch** in Neutal trafen sich Gemeindebund Vizepräsident Erich Trummer und Finanzminister Markus Marterbauer anlässlich seines Burgenland Besuchs Anfang August. Hauptthemen waren unter anderem die dramatische Situation bei den Gemeindefinanzern, die Grundsteuerreform, Personalkostenübernahme des Bundes für die schulische Tagesbetreuung und die CO<sub>2</sub>-Abgabe als gemeinschaftlich FAG-Einnahme. Foto: Gemeinde Neutal

**Gemeindewirtshaus in Zagersdorf eröffnet:**

Nach sechs Jahren ohne Wirtshaus hat Zagersdorf Mitte September sein neues Gemeindewirtshaus feierlich eröffnet. Bereits 2024 hatten sich 77 Prozent der Zagersdorferinnen und Zagersdorfer in einer Volksbefragung für den Bau ausgesprochen. Errichtet wurde das Projekt durch die Projektentwicklung Burgenland GmbH (PEB), der Betrieb erfolgt durch einen Pächter. Im Bild (v.l.): Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner, Projektleiter BM Ing. Christian Weiss, PEB, Wein Burgenland Obmann Herbert Oschep, Pächterin Natalia Loci, Bürgermeister Ivan Grujic, Pächterin Annabella Loci, Vizebürgermeisterin Mag.° Karin Vukman-Artner, Nationalratsabgeordneter Christoph Zarits und PEB-Geschäftsführer Thomas Rosner.

Foto: LSM



**Neue Volksschule und Kinderkrippe in Zillingtal eröffnet**

**Z**illingtal hat wieder eine eigene Volksschule: Nach 50 Jahren wurde Mitte September die neue Schule samt Turnsaal gemeinsam mit der neu errichteten Kinderkrippe feierlich eröffnet. Bereits am 1. September starteten Kinder und Pädagoginnen in den Betrieb.

Die beiden Projekte wurde von der landeseigenen Projektentwicklung Burgenland (PEB) umgesetzt. Insgesamt wurden 4,3 Millionen Euro investiert, davon 3,4 Millionen Euro für die Volksschule und 900.000 Euro für die Kinderkrippe. Finanziert wurde ein großer Teil über Förderungen des Landes.



VS Direktorin Isabella Radatz-Grauszer, Bürgermeisterin Eva Karacson, Landtagspräsidentin Mag.° Astrid Eisenkopf, Mag.° Karin Vukman-Artner, Leiterin der Abteilung Minderheitenschulwesen in der Bildungsdirektion Burgenland, und Schulqualitätsmanagerin Mag.° Michaela Seidl vor der neuen Volksschule in Zillingtal Foto: LMS



Bgm. Wolfgang Koller, Kemetten, GVV Präsident Erich Trummer, Bgm. Bettina Zentgraf, Mörbisch, LAbg. Bgm. Jürgen Dolesch, Stegersbach, und Bgm. Kurt Fischer, Baumgarten Foto: GVV Burgenland

**Burgenland ist Vorreiter bei nachhaltigem Tourismus**

**M**it dem Burgenland wurde erstmals ein gesamtes Bundesland mit dem österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet und als nachhaltige Tourismusdestination zertifiziert. Alle drei Tourismusregionen – Nord-, Mittel- und Südburgenland – erhielten das Umweltzeichen und gleichzeitig das internationale TourCert-Gütesiegel.

Diese Auszeichnung ist hat eine große Vorbildwirkung für Österreich, da gesamthaft Nachhaltigkeit im Bereich Tourismus im Burgenland Einzug gehalten hat. GVV-Präsident Trummer: „Das 171 Gemeinden unterschrieben haben, dass sie mittun, sagt viel über den Zusammenhalt und den Ehrgeiz unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus!“ Die Verleihungszeremonie fand Anfang Juli im Beisein von Tourismusminister Totschnig, Staatssekretärin Zehetner, Landeshauptmann-Stv. Anja Haider-Wallner sowie Landesrat Leonhard Schneemann im Martinsschlössl Donnerskirchen statt.

## Kommunale SPÖ Spitze bespricht mit Bund die finanzielle Lage der Kommunen

**D**ie finanzielle Situation der Städte und Gemeinden war Hauptthema eines Arbeitsgespräch der kommunalen SPÖ Spitze mit den SPÖ-Vertretern in der Bundesregierung Anfang September in Wien.

Gemeindebund Österreich Vizepräsident Erich Trummer, SPÖ-Kommunalsprecher im Parlament NR Wolfgang Kocevar sowie GVV Österreich Vorsitzender Andreas Kollross trafen dabei auf Finanzminister Markus Marterbauer und Vizekanzler Andreas Babler, selbst einst Bürgermeister von Traiskirchen in Niederösterreich.

Hauptthema war - wie so oft - die finanzielle Situation der Städte und Gemein-

den. Angesichts der dramatischen Lage der kommunalen Finanzen österreichweit, wurde dieser Termin unmittelbar nach der Regierungsklausur abgehalten. Dabei wurden von den Gemeindevertretern ein Positionspapier übergeben, um im Rahmen der Möglichkeiten, alle Maßnahmen auszureizen, die die kommunalen Finanzen stärken. Wesentlichstes Thema dabei war die Reform der Grundsteuer, die für die Gemeinden eine Möglichkeit bietet, selbst Einnahmen zu lukrieren. Insgesamt unternimmt der GVV Burgenland in enger Kooperation mit dem GVV Österreich alles auf allen Ebenen, um auf der Einnahmenseite mehr für unsere Städte und Gemeinden zu erreichen.



Die finanzielle Situation der Kommunen war zentrales Thema beim Arbeitstreffen mit Vizekanzler Babler und Finanzminister Marterbauer in Wien  
Foto: GVV Burgenland



Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit den SPÖ-Landesgeschäftsführern Kevin Friedl und Fritz Radspäck  
Foto: SPÖ Burgenland

## Wieder Doppelspitze für SPÖ Burgenland

Seit 1. September wird die SPÖ Burgenland wieder von einer Doppelspitze in der Landesgeschäftsführung geführt: Neben dem bisherigen Landesgeschäftsführer Kevin Friedl übernimmt Friedrich Radspäck diese Funktion. Das Landesparteipräsidium hat den Vorschlag einstimmig beschlossen und dem Landesparteivorstand zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Mit Friedrich Radspäck hat die SPÖ einen erfahrenen Strategen mit politischem und organisatorischem Tiefgang in die Landesführung geholt. Radspäck kennt die Partei aus der Fläche, ist in den Gemeinden verwurzelt und steht für Verlässlichkeit, Klartext und politische Haltung.



**Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2027.** Im Jahr 2027 finden die nächsten Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen statt. Die Vorbereitungen dazu sind bereits angelaufen. Um über den aktuellen Stand der Planungen zu informieren, lud der SPÖ Klub im Landtag Mitte September zur Klubklausur nach Stegersbach. Im Rahmen des Treffens präsentierte der GVV Burgenland seine Analysen und Strategien. Derzeit hält die SPÖ bei 95 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.  
Foto: GVV Burgenland



Bezirkshauptmann Peter Bubik, Bgm. Wolfgang Koller, LR Leonhard Schneemann und GVV Präsident Erich Trummer Foto: LMS

## 550 Jahre Kemeten

Die Gemeinde Kemeten hat 2025 gleich dreifachen Grund zum Feiern: ihr 550-jähriges Gründungsjubiläum, die Eröffnung des neuen Bauhofes und die offizielle Erhebung zur Marktgemeinde. Mitte Juli wurde im Rahmen eines feierlichen Festakts die Urkunde zur Erhebung zur Marktgemeinde überreicht.



Gut besucht: Kommunalstammtisch des Bezirks Eisenstadt-Umgebung in Klingenbach

## Stammtische in Klingenbach und Mariasdorf

Anfang September und Anfang Oktober fanden in Klingenbach sowie in Mariasdorf GVV-Kommunalstammtische statt. Hauptthema war die dramatische Situation der Gemeindefinanzen. In Klingenbach mit dabei war der Leiter der Gemeindeabteilung Bernhard Ozlsberger, der die Ertragsanteilssituation erklärte. Bei beiden Stammtischen dabei war GVV-Landesgeschäftsführer Herbert Marhold, der auch die Bundesseite beleuchtete.



Kommunalstammtisch des Bezirks Oberwart in Mariasdorf Fotos: GVV Burgenland



**25 Jahre zweisprachige Ortstafeln im Burgenland:** In Großwarasdorf/Veliki Borištof wurde das Jubiläum „25 Jahre zweisprachige Ortstafeln im Burgenland“ begangen. Im Rahmen der Feier wurden die Ortstafeln als Symbol für kulturelle Anerkennung, gelebte Mehrsprachigkeit und das friedliche Zusammenleben der Volksgruppen gewürdigt. „Die zweisprachigen Ortstafeln sind bei uns eine Selbstverständlichkeit, weil das Burgenland steht wie kein anderes Bundesland für Respekt, Offenheit und das gemeinsame Miteinander. Wir haben daher auch in unserem Regierungsprogramm, dem Zukunftsplan 2030, einen starken Fokus auf eine zukunftsorientierte Volksgruppenpolitik gerichtet, die Vielfalt als Stärke sieht“, betonte Landesrat Heinrich Dorner. Im Bild: Landesrat Heinrich Dorner mit den Festgästen und den Schülerinnen und Schülern der Zweisprachigen Mittelschule Großwarasdorf. Foto: LMS

## Workshop stärkt SPÖ-Mandatarinnen im Burgenland in ihrer politischen Arbeit

Im Gemeindezentrum Deutsch Kaltenbrunn fand Ende September der Workshop „sichtbar.gehört.wirksam.“ statt – ein gemeinsames Weiterbildungsangebot der SPÖ Frauen Burgenland, des Renner Instituts Burgenland und des GVV Burgenland für bestehende und angehende SPÖ-Mandatarinnen.

„Engagierte Funktionärinnen nutzten die Gelegenheit, ihre kommunalpolitischen Kompetenzen zu stärken, ihr Auftreten

weiterzuentwickeln und sich untereinander zu vernetzen.

„Dieser Workshop ist ein wichtiger Baustein in unserem Bildungsangebot speziell für Frauen. Er ist eine wertvolle Ergänzung zur burgenländischen Frauenakademie, die viele von den Workshop-Teilnehmerinnen schon besucht haben“, so Landesfrauen-geschäftsführerin Sandra Gerdenitsch, die gleichzeitig eine Wiederauflage der Burgenländischen Frauenakademie für 2026 ankündigte.

Trainerin Mag. (FH) Natascha Thurner, selbst Vizebürgermeisterin, vermittelte praxisnahes Know-how zu Rhetorik, politischem Selbstbewusstsein, Konfliktlösung und souveränem Auftreten in Gremien.

Foto: GVV Burgenland



## Neuer Rekord: 241 Bürgermeisterinnen in Österreich, Treffen in Anif

Anlässlich des alljährlichen Bürgermeisterinnen-Treffens kamen Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen aus ganz Österreich von 6. bis 8. Juli 2025 in Anif bei Salzburg zum Austausch zusammen. Mit einem neuen Rekord von 241 Bürgermeisterinnen bei insgesamt 2.092 Gemeinden sind in Österreich erstmals 11,5 Prozent Frauen im Bürgermeisterinnen-Amt. Das sind um elf Frauen mehr als vor einem Jahr.



Österreichs Bürgermeisterinnen trafen sich in Anif, Salzburg, zum Austausch

Foto: privat

Das Treffen in Anif war ein kräftiges Zeichen für mehr Frauen in der Kommunalpolitik. Es soll Frauen unterstützen, die wichtige Führungsaufgaben in einer Gemeinde übernehmen und andere Kommunalpolitikerinnen für das Amt ermutigen. Für den GVV Burgenland mit dabei waren die GVV-Vizepräsidentinnen Bgm. Renate Habetler und Bgm. Ulrike Kitzinger, GVV-Präsidiumsmitglied Bgm. Andrea Reichl sowie Bürgermeisterin Michi Raber aus Rauchwart.

### Anzahl der Bürgermeisterinnen wächst

Der Frauenanteil an den Ortsspitzen steigt in den letzten Jahren langsam aber stetig. Mit 241 Bürgermeisterinnen bei insgesamt 2.092 wurde nun ein neuer Rekordstand erreicht. Damit sind in den Gemeinden in Österreich erstmals 11,5 Prozent Frauen im Bürgermeisterinnen-Amt – das ist ein Plus von elf Frauen im Vergleich zum Vorjahr.

Die meisten weiblichen Bürgermeister gibt es in Niederösterreich: Dort werden 95 Gemeinden von Frauen geführt (16,6 Prozent). Niederösterreich hat damit unter den Bundesländern auch den höchsten Frauenanteil. In Oberösterreich stehen 50 Frauen an der Spitze einer Gemeinde (11,4 Prozent). In der Steiermark sind es 25 (8,8 Prozent) und in Tirol 21 (7,6 Prozent). Im Burgenland gibt es aktuell 17 Bürgermeisterinnen (9,9 Prozent), in Salzburg 14 (11,8 Prozent) und in Kärnten zehn (7,4 Prozent). Vorarlberg stellt neun Bürgermeisterinnen (9,4 Prozent). Fast jede vierte Gemeinde in Österreich hat zudem eine Vizebürgermeisterin – das sind rund 500.

**Burgenland Energie**

MEIN BLICK IN DIE ZUKUNFT:  
**BESSERE ENERGIE**

[www.burgenlandenergie.at](http://www.burgenlandenergie.at)

# 71. Österreichischer Gemeindetag – Resolution mit

**U**nter dem Motto „Finanzen sichern, Reformpartnerschaft leben, Digitalisierung nutzen“ wurde im Rahmen des 71. Gemeindetages in Kärnten einstimmig die Resolution des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes verabschiedet. Ein großer Erfolg für die SPÖ-Fraktion, die zentrale Anliegen durchsetzen konnte. Am Gemeindetag trafen über 1.800 Gemeindevertreter mit Spitzen der Bundes- und Landespolitik zusammen.

Angeführt vom SPÖ-Fraktionsvorsitzenden, GVV Präsident Erich Trummer, der auch Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes ist, konnten in der Sitzung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes viele Inhalte der SPÖ in die Resolution aufgenommen werden.

Die Resolution umfasst drei Kernbereiche:

- Kommunale Finanzen sichern: faire Beteiligung an Steuereinnahmen (CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Digitalsteuer, Bankenabgabe), Reform der Grundsteuer, klare Regeln für Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung
- Reformen und Verwaltungsinnovation: Entflechtung von Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Ausbau von Mehrzweck-Dienstleistungsverbänden, Lehrberuf Elementarpädagogik, Bürokratieabbau.



Die SPÖ-Fraktion konnte zentrale Anliegen im Interesse der Gemeinden und der Bevölkerung durchsetzen: Bgm. Andreas Kollross (GVV NÖ), Vizepräsidentin Bgm.<sup>in</sup> Bettina Lancaster (GVV OÖ), Bgm. Günter Vallant (GB Ktn) und Vizepräsident Bgm. Erich Trummer (GVV Bgld.)  
Fotos: GVV Burgenland

- Digitalisierung: Ausbau der ID-Austria, flächendeckendes Glasfasernetz, Aufbau einer Gemeinde-Datenplattform.

### Trummer: „Haben Kernthemen der Sozialdemokratie durchgesetzt“

„Es ist uns in intensiven Gesprächen gelungen, viele Kernthemen der Kommunalfraktion der Sozialdemokratie in diese Resolution einzubringen! Auf unsere Geschlossenheit und klaren Signale bin ich stolz!“ Vor allem der Punkt ‚Kommunale Finanzen‘ war Trummer ein zentrales Anliegen. „Wir wollen und müssen unseren finanziellen kommunalen Anteil auf allen Ebenen einfordern und das

mit Nachdruck“, unterstreicht Trummer.

Die Sitzung des Bundesvorstandes des Österr. Gemeindebundes, in dessen Rahmen Bgm. Daniela Kampf (ÖVP) aus Mils in Tirol zur Vizepräsidentin gewählt wurde, markierte zugleich den Auftakt zum 71. Österreichischen Gemeindetag Anfang Oktober in Klagenfurt. Über 1.800 Gemeindevertreter trafen mit Spitzen der Bundes- und Landespolitik zusammen, darunter Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Stocker, Vizekanzler Andreas Babler, Landeshauptmann Peter Kaiser und mehrere Ministerinnen und Minister.



Gemeindebund Österreich Präsident Johannes Pressl gratulierte Daniela Kampf (ÖVP) zur Wahl zur neuen Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes



Die Sitzung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes markierte den Auftakt zum 71. Österreichischen Gemeindetag, der heuer in Klagenfurt stattfand. Zentrales Thema des Bundesvorstandes war die Verabschiedung der Resolution, in der die SPÖ-Fraktion wichtige Akzente setzen konnte.

# starken sozialdemokratischen Impulsen beschlossen



Voller Saal bei der Haupttagung: Über 1.800 Besucherinnen und Besucher konnten beim Gemeindetag in Klagenfurt begrüßt werden



Die Geschäftsführer des Gemeindevertreterverbandes Burgenland Herbert Marhold und Patrick Hafner bei der fraktionellen Sitzung der SPÖ zur Vorbereitung auf die Sitzung des Bundesvorstandes



Beim GVV Fraktions-Empfang: GVV Präsident Erich Trummer mit GVV Vorstand Bgm. Richard Frank / die GVV Präsidiumsmitglieder Bgm.<sup>in</sup> Renate Habetler, Bgm.<sup>in</sup> Ulrike Kitzinger und Bgm.<sup>in</sup> Andrea Reichl / LAbg. Bgm.<sup>in</sup> Rita Stenger, LAbg. Bgm. Jürgen Dolesch, Bgm. Helmut Sampt und LAbg. Bgm. Fabio Halb



Bilder oben: Einen Besuch wert war wieder die Kommunalmesse als fester Bestandteil des Gemeindetages, wo zahlreiche Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen präsentierten. Auch hier waren viele burgenländische Gemeindevertreter\*innen mit dabei.

# Informationsfreiheitsgesetz

MEHR TRANSPARENZ,  
MEHR SICHERHEIT.

*Jetzt durchblicken!*

## IFG – Was heißt Informationsfreiheit?

### Proaktive Veröffentlichungspflicht

- **Gemeinden ab 5.000 Einwohnern sind verpflichtet**, „Informationen von allgemeinem Interesse“ (wie Tätigkeitsberichte, Gutachten, Amtsblätter, Verträge ab 100.000 EUR, etc.) **proaktiv** über das zentrale Informationsregister ([data.gv.at](http://data.gv.at)) zu veröffentlichen.
- Gemeinden mit **weniger als 5.000 Einwohnern sind von dieser Pflicht ausgenommen**. Sie dürfen diese Informationen **freiwillig**, also proaktiv, veröffentlichen, sind dazu aber nicht verpflichtet.

### Passive Informationspflicht (Auskunft auf Anfrage)

- **Unabhängig von der Größe sind alle Gemeinden**, also auch jene unterhalb der 5.000 Einwohner-Grenze, grundsätzlich **auskunftspflichtig**, wenn Bürger oder juristische Personen Informationen anfragen.
- Diese **passive Verpflichtung** bedeutet: Anfragen müssen **formlos** gestellt werden und können sich auf jede Information beziehen, z. B. ein Bauantrag, ein Vertrag oder Sitzungsprotokolle – ein besonderes persönliches Interesse ist nicht notwendig.
- Die **Reaktionsfrist** beträgt **vier Wochen** ab Eingang der Anfrage. In begründeten Fällen kann diese um weitere vier Wochen verlängert werden. Werden die Anfragen abgewiesen, besteht **Rechtsmittelmöglichkeit** über den Bescheid und das Landesverwaltungsgericht.

### Kostenfreies Service des Gemeindebundes zum IFG

Der Österreichische Gemeindebund begleitet die Gemeinden bestmöglich auf dem Weg zum neuen Informationsfreiheitsgesetz und stellt ein umfassendes, kostenfreies Service-Angebot unter anderem bestehend aus

- einem Leitfaden,
- kostenfreien Schulungen und Webinaren sowie
- einer durch einen Rechtsanwalt betreuten Anlaufstelle für Fragen zum IFG bereit

**Und das alles kostenfrei für Sie und Ihr Team!**

Mehr Infos auf [www.ifg-gemeindeinfo.at](http://www.ifg-gemeindeinfo.at)

**Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes:** Im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche Ende August in Bad Aussee gab es auch eine Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes. Schon im Vorfeld dazu trafen sich die SPÖ VertreterInnen im Gemeindebund Präsidium unter Führung von GB-Vizepräsident Erich Trummer zu einer Sommerklausur, um die wichtigsten Inhalte noch vor dem Gemeindetag in Kärnten SPÖ-intern abzustimmen und geschlossen aufzutreten.

Foto: GVV Burgenland



## Zweiter Bürgermeisterinnen- und Bürgermeistertag in Bad Aussee

**V**orfeld der Kommunalen Sommergespräche lud der Gemeindebund zum 2. Bürgermeisterinnen- und Bürgermeistertag nach Bad Aussee. Unter dem Motto „Zukunft gestalten – Kommunale Verantwortung in bewegten Zeiten“ stand der Austausch über aktuelle Herausforderungen und Chancen im Mittelpunkt.

Einen Tag lang standen die Gemeinden und ihre Anliegen, Meinungen und Ideen im Mittelpunkt.



GVV Präsident Erich Trummer mit WK-Präsident Andreas Wirth beim Krone-Fest in Eisenstadt Foto: GVV Burgenland

## „Krone“-Redaktion im Burgenland feiert 5 Jahre

Fünf Jahre werkt die „Krone“ mit einer eigenen Redaktion im Burgenland: Das wurde in Eisenstadt entsprechend gefeiert. Gratulationen gab es unter anderen auch von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und GVV Präsident Erich Trummer.



**Lenkungsausschuss zur Entbürokratisierung.** Bürokratischen Ballast abbauen, Verfahren beschleunigen und Unternehmen gezielt entlasten – das sind die Ziele der von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil initiierten Entbürokratisierungsoffensive. Dazu hat vor Kurzem der neu eingerichtete Lenkungsausschuss offiziell seine Arbeit aufgenommen. Zentrales wirtschaftspolitisches Ziel: Schlanke Verwaltungsstrukturen sollen den Wirtschaftsstandort Burgenland nachhaltig stärken, die Gemeinden des Landes entlasten sowie insgesamt Verbesserungen für die Burgenländerinnen und Burgenländer bringen. Foto: LMS

# Land ehrt verdiente Persönlichkeiten

Im Rahmen eines Festaktes im Kulturzentrum Mattersburg zeichnete Landeshauptmann Hans Peter Doskozil Ende September Persönlichkeiten aus, die sich in besonderer Weise um das Burgenland verdient gemacht haben. Ausgezeichnet wurden ehemalige Regierungsmitglieder, Bundesratsabgeordnete und Landtagsabgeordnete. Landtagspräsidentin a.D. Verena Dunst erhielt mit dem Komturkreuz mit Stern die höchste Auszeichnung des Landes.

Unter den Ausgezeichneten waren auch ehemalige oder aktuelle Gemeindevertreter\*innen. Der 3. Landtagspräsident a.D. Kurt Maczek, er erhielt das Komturkreuz. Die ehemaligen Landtagsabgeordneten Dieter Posch, Ewald Schneckner, Wolfgang Sodl und Elisabeth Trummer sowie die ehemaligen Mitglieder des Bundesrates, Sandra Gerdenitsch und Günter Kovacs, wurden mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen geehrt.

Musikalisch umrahmt wurde die Verleihung vom Solisten-Streichquintett des Landesorchesters Burgenland unter der Leitung von Konzertmeisterin Cornelia Gradwohl.

Landtagspräsidentin a.D. Verena Dunst erhielt von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil das Komturkreuz mit Stern verliehen  
Fotos: LMS



GVV Burgenland Präsidiumsmitglied Bgm. Wolfgang Sodl erhielt das Große Goldene Ehrenzeichen verliehen



Ewald Schneckner erhielt das Große Goldene Ehrenzeichen



Der 3. Landtagspräsident a.D. Bgm. Kurt Maczek erhielt das Komturkreuz verliehen



Bgm. Dieter Posch wurde das Große Goldene Ehrenzeichen überreicht



Elisabeth Trummer erhielt das Große Goldene Ehrenzeichen



Wurde mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen geehrt: Günter Kovacs



Sandra Gerdenitsch freute sich über das Große Goldene Ehrenzeichen

## EU-Parlament legt Vorlage für Revision des Vergaberechts vor

**E**s ist schon länger bekannt, dass eine Revision der Vergaberichtlinien kommen soll. Auch Präsidentin von der Leyen unterstreicht die Notwendigkeit, europäische Produktion mithilfe des Auftragswesens zu stärken. Das EU-Parlament hat sich in diesem Zusammenhang für Vereinfachung und Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung ausgesprochen. Eine Position, die die Kommission nicht unberücksichtigt lassen kann.

Bis Mitte 2026 will die Kommission einen Vorschlag zur Reform des öffentlichen Auftragswesens vorlegen. Das EU-Parlament hat seine erste Positionierung in einem Initiativbericht des Binnenmarktausschusses getroffen. Darin finden sich Aussagen und Forderungen, die von einem realistischen Zugang zeugen, der auf eine tatsächliche Vereinfachung des Vergaberechts abzielt.

So wird erwähnt, dass insbesondere Gemeinden und kleinere Regionen die komplexen Regeln ohne externe Hilfe kaum anwenden können, die Schwellenwerte aber bewirken, dass auch relativ kleine Aufträge EU-weit auszuschreiben sind, obwohl der Wettbewerb um öffentliche Aufträge seit 2014 kontinuierlich abnimmt und grenzüberschreitende Aufträge nur 5% aller Verträge umfassen.

Das Parlament spricht sich zwar für freiwil-

lige, nachhaltige und strategische Kriterien und die Unterstützung europäischer Produktion aus, erinnert aber daran, dass es im Vergaberecht um das WIE, nicht das WAS gehen muss und dass auch mit Blick auf nachhaltige Vergabekriterien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sichergestellt sein müssen.

Das Parlament anerkennt explizit das Recht auf Inhouse-Besorgung und interkommunale (bzw. öffentlich-öffentliche) Zusammenarbeit und empfiehlt, die Regeln für die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit zu vereinfachen und flexibler zu gestalten. Auch wird die Bedeutung der Dienstleistungen von öffentlichem Interesse betont. Lokale und regionale Produkte und Dienstleistungen sollten mittels spezieller Vergabemechanismen gezielter nachgefragt werden, um wirtschaftliche Aktivität jenseits urbaner Zentren zu unterstützen.

Die im WTO-GPA (Agreement on Government Procurement) erlaubten Flexibilitäten für subzentrale öffentliche Auftraggeber sollten ausgereizt werden um kleine Vergabestellen wie Gemeinden bewusst zu entlasten. Vereinfachung und Flexibilisierung sind dringend erforderlich und breite politische Unterstützung für die Eigenerbringung kritischer Dienstleistungen, sei es Inhouse oder durch öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit, wichtiger denn je.

## Vergaberecht: Einführung einer europäischen Präferenzklausel geplant

**I**n ihrer ersten Rede zur Lage der Union versucht Kommissionspräsidentin von der Leyen die pro-europäische Mehrheit im EU-Parlament für sich zu gewinnen. Europa müsse stärker, autonomer, wettbewerbsfähiger und sozialer werden. Öffentliche Auftraggeber sollen dazu durch die Bevorzugung europäischer Produktion beitragen.

Zentrale Themen in der Rede der Kommissionspräsidentin waren ein klares Bekennt-

nis zum Grünen Deal, die Aussicht auf ein Paket zum europäischen Netzausbau, einen Plan für leistbares Wohnen, die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und strategischen Autonomie und ein Omnibus-Paket für die europäische Nahrungsmittelproduktion. Für die Gemeinden bedeutsam sind die Ankündigung, im Vergaberecht eine europäische Präferenzklausel einführen zu wollen und im Aktionsplan für leistbares Wohnen eine weitere Regulierung der Kurzzeitvermietung vorzunehmen.



### EU-Finanzrahmen 2028-2035

Mitte Juli veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Für die sieben Jahre ab 2028 schlägt die Kommission einen Gesamthaushalt von 2 Billionen Euro vor, das entspricht 1,26% des EU-weiten Bruttonationaleinkommens (BNE). Gut die Hälfte davon ist für Nationale und Regionale Partnerschaftspläne (NRP) vorgesehen, 590 Mrd. Euro für einen neu geschaffenen Wettbewerbsfähigkeitsfonds und 216 Mrd. Euro für Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Global Europe Fonds (GEF).

Traditionell floss immer ein Großteil des Budgets in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sowie die Kohäsions- und Regionalpolitik. Mit der Errichtung der NRP bringt der Kommissionsvorschlag daher einen echten Paradigmenwechsel. Denn GAP und Kohäsionspolitik sollen Teil eines in den Mitgliedstaaten zu formenden Reformprogramms sein. Das dürfte insbesondere für die Regionalpolitik weniger Entscheidungsspielraum für die Bundesländer bedeuten. Denn angesichts geringerer werdender Mittel wird wohl ein Großteil davon für Finanzierung vorgeschriebener Reformen eingesetzt werden müssen. Das kann aus Gemeindesicht dennoch eine Chance darstellen, denn viele der Reformempfehlungen des Europäischen Semesters können nur durch Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur umgesetzt werden. Bereiche, für die es in der Vergangenheit kaum EU-Zuschüsse gab.

**REINER**  
Reinigung

Besser. Reiner.

## Ihr Partner für saubere Komplettlösungen in Ihrer Gemeinde

Sie sind bereit für nachhaltige Glanzleistungen?  
Wir bringen Ihre Kommune zum Strahlen mit hochwertigen  
Reinigungslösungen zu besten Preisen!

### UNSER ANGEBOT IM ÜBERBLICK

Von Kindergärten & Schulen über Ämter, Verwaltungszentren & Bibliotheken bis hin zu  
Feuerwehrgebäuden, Sporthallen & Co. – wir reinigen fachgerecht, individuell sowie bedarfsorientiert.



#### **UNTERHALTSREINIGUNG**

in regelmäßigen Abständen.

Fußboden- & Oberflächenreinigung

Abfallentsorgung

Sanitär- & Küchenreinigung



#### **SONDERREINIGUNG**

erfolgt periodisch.

Fenster- & Glasreinigung (innen & außen)

Grundreinigungen

(z. B. nach Sanierungen oder Neubauten)

Bodenversiegelung & Beschichtung



#### **SPEZIALREINIGUNGEN**

bedarfsorientiert & individuell.

Schädlingsbekämpfung in sensiblen  
Bereichen (z. B. Küchen, Lager)

Reinigung nach Veranstalt-  
ungen (z. B. Feste, Märkte)

Bauendreinigung



#### **AUSSENANLAGEN**

saisonale Betreuung.

Reinigung von Gehwegen und Plätzen

Pflege und Reinigung von Busstationen &  
Wartehäuschen

Müllentleerung und Reinigung in  
öffentlichen Parks

**JETZT  
SAUBER  
SPAREN!**

Mit Top-Leistungen  
zu besten Preisen!

Mehr Glanzleistungen unter: [reiner.co.at](https://reiner.co.at)

REINER Facility Services GmbH Ruster Straße 91 Top 1a 7000 Eisenstadt | T: 02682 65779 | [office@reiner.co.at](mailto:office@reiner.co.at)



### I M P R E S S U M

#### **Medieninhaber und Verleger:**

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**